



**Vorlagenummer:** 0207/2025-1  
**Vorlageart:** Berichtsvorlage  
**Status:** öffentlich

## **Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

### **hier: Verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Stadionstraße vor dem Haupteingang zur Meinolfschule und am Schnittpunkt der Zufahrten zu Schule, Kita und Westfalenbad**

---

**Datum:** 20.05.2025  
**Freigabe durch:** Dr. André Erpenbach (Beigeordneter)  
**Federführung:** FB32 - Öffentliche Sicherheit und Ordnung  
**Beteilt:**

#### **Beratungsfolge**

Gremium	Geplante Sitzungstermine	Öffentlichkeitsstatus
Bezirksvertretung Hagen-Mitte (Kenntnisnahme)	05.06.2025	Ö

#### **Sachverhalt**

Durch den Fachbereich Öffentliche Sicherheit und Ordnung wurde in der Stadionstraße im Bereich des Eingangs zu Meinolfschule ein temporärer Überwachungsschwerpunkt gebildet. Im Fokus der Überwachung standen Falschparker, insbesondere Eltern, die ihre Kinder mit dem Auto zur Schule bringen und sich nicht an die vor Ort geltenden Verkehrsvorschriften halten.

In diesem Zusammenhang erfolgten seit März 2025 an zehn Kontrolltagen jeweils mehrstündige Kontrollen. Im Rahmen dieser wurden 30 Fahrzeuge festgestellt, die entgegen der Vorschriften der Straßenverkehrsordnung (StVO) abgestellt wurden. Die jeweiligen Fahrzeugführer\*innen erhielten in diesen Fällen eine mündliche Verwarnung, wurden belehrt und zur Weiterfahrt aufgefordert.

In acht weiteren Verstoßfällen wurde den Fahrzeugführer\*innen ein Verwarnungsgeld angeboten.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass die verstärkten Kontrollen Wirkung zeigten, da die Verstoßzahlen im Laufe der Überwachungsmaßnahmen abgenommen haben. Hier stellte sich merkbar ein sogenannter Erziehungseffekt ein.

Der Fachbereich Öffentliche Sicherheit und Ordnung beabsichtigt, die Stadionstraße um den Bereich Meinolfschule herum auch zukünftig in die Überwachungsmaßnahme „Schulwegsicherung“, die täglich von Montag bis Freitag in der Zeit von 07.00 - 08.00 Uhr an diversen Schulstandorten im gesamten Stadtgebiet außerhalb der Schulferien stattfindet, einzubeziehen.

Eine bauliche Maßnahme ist aus Sicht der Verwaltung derzeit nicht erforderlich.

